

Bundestag debattiert über mehr Einfluss in Eritrea

Am 17. Januar befasste sich der Bundestag mit dem Antrag der CDU/CSU/SPD-Koalition „Friedensprozess zwischen Äthiopien und Eritrea unterstützen – Zusammenarbeit ausbauen“. Dem ist vollauf zuzustimmen, wenn auch damit der Hintergedanke verfolgt wird, die Einflussnahme der deutschen Wirtschaft zu stärken. Denn, so **CSU-MdB Erndl**, während China über einen Anteil von über 25% aller Neuinvestitionen in Afrika verfüge, liege der Anteil von Frankreich und Großbritannien bei unter 5% und der der BRD bei unter 2%.

Dennoch stimmten nur die Regierungsparteien für diesen Antrag, Grüne und AfD stimmten dagegen, Linke und FDP enthielten sich.

Besonders die Grünen ließen ihrer Hetze und Verleumdung Eritreas freien Lauf. Die **Grünen-Abgeordnete Brugger** sprach – ohne die Spur eines Beweises – von Sklavenarbeit, willkürlichen Festnahmen, Folter und

sexueller Versklavung von Frauen und Mädchen.

Ins gleiche Horn blies die **Linkspartei-Abgeordnete Vogler**: „Unrechtsregime“, „Missbrauch und Folter“, „kein Arrangement mit einem Despoten“.

AfD-MdB Podolay halluzinierte „Hungersnöte“ und sprach sich für einen „Entwicklungspakt mit Eritrea“ aus, damit „unsere deutschen Unternehmen die Bodenschätze erschließen und dem Staat somit Steuereinnahmen verschaffen“.

Gemeinsame Basis aller im Bundestag vertretenen Parteien, einschließlich der vorgeblichen Menschenrechtsvertefcher, ist ihr Wille nach einer Änderung in diesem Land, das sich bis heute der Ausbeutung durch kapitalistische Konzerne entzieht.

Notwendig für die friedliche Entwicklung Eritreas war der für alle Jugendlichen verpflichtende „Nationale Dienst“, der die Grenzen gegen die bis zum Juli 2018 andauernde Bedro-

hung durch Äthiopien sicherte, während dem aber auch alle eine Ausbildung bzw. ein Studium beenden konnten.

Eritrea ist ein armes Land; es ist einer der jüngsten Staaten Afrikas, das sich nach einem jahrzehntelangen Unabhängigkeitskrieg in einem Entwicklungsprozess befindet. Trotz Sanktionen, Anfeindungen und Verleumdungen durch die „westliche Wertegemeinschaft“ ist es ihm dennoch gelungen, die Bevölkerung mit ausreichender Nahrung zu versorgen und an einem kostenlosen Gesundheits- und Bildungswesen teilhaben zu lassen. Die AIDS-Rate ist eine der niedrigsten in ganz Afrika, ebenso bei Malaria. Impfprogramme schützen, die Beschneidung von Mädchen ist verboten, Korruption unbekannt.

Das – und noch mehr – ist vorbildlich für andere afrikanische Staaten und den Industriestaaten ein Dorn im Auge. Es könnte Schule machen.

Erika Beltz

DKP: Keine Anerkennung der Putschregierung in Venezuela!

Am 23. Januar hat sich der aktuelle Führer der Opposition in Venezuela, der Vorsitzende der Nationalversammlung Juan Guaidó, in einer klassischen Putschsituation, die der Ereignisse vom April 2002 ähnelt, als die USA mit ihrem Putsch gegen Hugo Chávez gescheitert waren, zum Interimspräsidenten Venezuelas ernannt. Damit tritt er die demokratischen Wahlen, mit denen Präsident Nicolás Maduro vergangenes Jahr mit großer Mehrheit zum Präsidenten gewählt wurde, mit Füßen. Dass Teile der venezolanischen Opposition mangels Erfolgsaussichten zum Boykott der Wahlen aufgerufen hatten, dient als Vorwand dafür, dass Maduro keine demokratische Legitimation zur Amtsausübung habe – die Guaidó selbst in keiner Weise besitzt.

Die USA, die von ihnen gelenkte Organisation Amerikanischer Staaten und einige rechtsgerichtete lateinamerikanische Nachbarstaaten haben Juan Guaidó so schnell anerkannt, dass von einer gemeinsamen Ausarbeitung des Putschplans ausgegangen werden kann. Dass die Selbstermächtigung Guaidós nicht zu Zeiten der angeblich unrechtmäßigen Präsidentschaftswahlen, sondern erst jetzt, nach der Amtseinführung des

rechtsextremistischen Präsidenten Brasiliens, des wichtigsten und größten Nachbarlands Venezuelas, erfolgte, zeigt, dass eine regionale, auch militärische Einmischung ins Auge gefasst wird. Der Abbruch der Beziehungen Venezuelas zu den USA ist angesichts dieser äußeren Eskalation nachvollziehbar.

Mit einer Anerkennung dieses offensichtlichen Putsches durch einen nicht legitimierten Oppositionsführer würde die demokratische Ordnung Venezuelas, die sich durch unzählige Wahlen und Referenden unter im regionalen Vergleich bei-

spielloser Beteiligung des Volkes seit 1999 entwickelt hat, mit äußerer Einmischung und Gewalt beendet werden.

Die Deutsche Kommunistische Partei fordert die Bundesregierung auf, die auf Wahlen und Volksbeteiligung fußenden demokratischen Strukturen Venezuelas zu respektieren und die Regierung von Präsident Nicolás Maduro anzuerkennen. Keinesfalls darf der falschen Politik der US-Regierung gefolgt werden und eine diplomatische Anerkennung eines Putschisten umgesetzt werden!

(Pressemitteilung des Parteivorstands)

Gießener Echo

Hrsg: DKP Kreisvorstand Gießen; verantw.: Erika Beltz, erscheint monatlich. Bezugsgebühren: 30 € im Jahr (inkl. Versandkosten). Konto (Sparkasse), IBAN: DE75 5135 0025 0000 1930 70, BIC SKGIDE5F. Druck: Gründruck Bestellungen, Leserbriefe, Anfragen an: Gießener Echo, Postfach 110226, 35347 Gießen, E-Mail: dkp@dkp-giessen.de. Im Internet: www.dkp-giessen.de

Redaktionsschluss für März-Echo: Mi., 20. Febr.

Liebe Leserinnen und Leser, wenn Sie an weiteren Informationen interessiert sind, wenden Sie sich an uns.

Ich möchte:

- das Gießener Echo abonnieren
- das GE online abonnieren
- Infos bekommen
- Einladung zu Veranstaltungen

Name:.....

Anschrift:.....

Mail:.....